

Stellungen enthält eine Warnung, die nicht ernst genug genommen werden kann.

Noch ist kein unwiderruflicher Schritt geschehen, noch besteht die Möglichkeit, den unentwirrbaren Knäuel von Rivalitäten, Feindseligkeiten und Einmischungsmöglichkeiten fremder „Protektoren“ in organische Ordnung zu verwandeln, wenn man das historisch Gewordene und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse fest Verbundene zum Ausgangspunkt nimmt, und darüber hinaus an einer dauernden Verständigung mit der slawischen Vormacht arbeitet. Dieses große Ziel vor Augen ist das deutsche Volk bereit, mit verständigen Polen sich zu verständigen und allen gerechten Wünschen gerecht zu werden. Aber — und darüber mögen sich die Herren v. Trampczynski und Genossen keiner Täuschung hingeben — was preussisch ist, bleibt preussisch, was deutsch, deutsch! Und auch unsere Konservativen können sich beruhigen. Die Erklärungen des Zentrumsabgeordneten Herold und des Sozialdemokraten Hänisch zeigten, daß hinter dem Deutschtum im Osten, wenn es not tut, das ganze Deutschland, ohne Unterschied der Partei, stehen wird. Auch wenn das jetzige Wahlrecht und mit ihm die jetzige Mehrheit verschwunden ist. Ja sogar: dann erst recht.

J. E.

e im Mittelmeer.

mitore und ein Transporter vernichtet.

Polenpolitik und polnische Politik

Die Rede, die der polnische Abg. v. Trampczynski gestern im Preussischen Abgeordnetenhaus hielt, verdient die ernsteste Beachtung. Sie darf als wohlüberlegte Kundgebung der offiziellen Vertretung unserer polnischen Mitbürger gelten, und darüber hinaus als Anmeldung programmatrischer Ansprüche der gesamten polnischen Nation, wie sie im Verlauf des Krieges und mit besonderer Deutlichkeit und Schärfe seit der Zwei-Kaiser-Proklamation vom 4. November 1916 erhoben worden sind.

Es handelt sich um eine Auslegung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die letzten Endes die Loslösung der Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien aus dem Verband Preußens und des Deutschen Reiches fordert. Der polnische Vertreter im Preussischen Abgeordnetenhaus hat sich gescheut, diese letzte Konsequenz auszusprechen, aber er hat den Standpunkt vertreten, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht an den staatlichen Grenzen halt machen dürfe, und daß ein internationales Schiedsgericht die Oberaufsicht über die gemischtsprachigen Gebiete des Deutschen Reiches übernehmen müsse, da die Polen kein Vertrauen zu einer Regelung ihrer kulturellen und nationalen Rechte auf dem Weg unserer innerstaatlichen Gesetzgebung haben.

Die Polen innerhalb und außerhalb Preußens können sich nicht dem Glauben hingeben, daß ein Staat, der sich im Vollbesitz seiner Handlungsfreiheit, seiner physischen und geistigen Kräfte befindet, je darauf eingehen könne, begründete oder unbegründete Beschwerden eines Teiles seiner Bürger dem Urteil und der Einmischung fremder Machthaber zu unterstellen. Wenn diese Forderung trotzdem erhoben wird, so kann man darin nur eine kaum verschleierte Umschreibung der Krakauer Resolution der galizischen Polen vom 28. Mai 1917 erblicken, die im wesentlichen — neben einer Verbeugung vor dem „uns gewogenen Kaiser von Oesterreich“ — folgendes besagt:

„Die Versammlung der polnischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten stellt fest, daß die alleinigen Bestrebungen der polnischen Nation in der Wiedererlangung eines unabhängigen geeinigten Polens mit dem Zugang zum Meere bestehen und erklärt sich mit diesen Bestrebungen solidarisch.“

Die Versammlung der polnischen Abgeordneten stellt ferner den internationalen Charakter dieser Frage fest und erklärt ihre Verwirklichung als eine Garantie eines dauernden Friedens.“

Wir halten es für erwünscht, den Tatsachen ganz offen ins Auge zu sehen und sich nicht mit dem Hinweis auf die militärische Lage zu begnügen, die ja Gott sei Dank nicht so ist, daß die polnischen Wünsche, mögen sie auch hohe und höchste Protektion diesseits und jenseits der Meere genießen, als ausschlaggebend erachtet werden müssen. In negativer Beziehung ist ja unser Standpunkt mit einem Wort gesagt: Niemals! Ein Jahrhundert staatlicher Gemeinschaft auf einem Boden, der überall Deutsche und Polen in Gemengelage aufweist, hat Beziehungen geschaffen, die schlechterdings unlösbar sind.

Wir haben durchaus Verständnis für den Idealismus, der unbekümmert um die Realitäten des Lebens von einer engeren Gemeinschaft aller Söhne des polnischen Volkes träumt. Aber denselben Anspruch können die Nachbarvölker erheben: die Deutschen, Litauer, Weißrussen, Ukrainer. Nirgends gibt es hier feste Grenzen, sicheren Boden. Weder in der Geschichte, noch in den geographischen Verhältnissen, noch in der Statistik. Was in der Idee schön und einfach und natürlich erscheint, wird in der Welt der Wirklichkeit zu einer Quelle bittersten Streites, bei dem es kein Ende und keine Lösung gibt.

Das deutsche Volk hat sich bisher mit den Fragen des Ostens viel zu wenig beschäftigt. Namentlich in Süddeutschland hat man sich überhaupt nicht um die nationalen Sorgen des Nordostens gekümmert. Im allgemeinen begnügte man sich mit einer kritischen Stellungnahme zu dem Komplex von Handlungen und Unterlassungen, die der Begriff „preussische Polenpolitik“ vereinigt. Auch wir haben diese preussische Polenpolitik, soweit sie sich gegen Ideen und Gefühle mit